

Urban „Lindner steht in der Tradition von Westerwelle“



Die FDP fordert eine deutliche Absenkung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitslose. Arbeitslose über 50 Jahre sollten künftig maximal 18 statt 24 Monate Arbeitslosengeld I beziehen. So könnten 1,5 Mrd. Euro im Jahr eingespart werden. „Das von der großen Koalition für Ältere auf bis zu 24 Monate veränderte Arbeitslosengeld I muss wieder auf den Stand von Rot-Grün verkürzt werden“, fordert FDP-Generalsekretär Lindner. „Die Lage auf dem Arbeitsmarkt erfordert keine Quasi-Frühverrentungsform“, argumentiert Lindner.

Ein Interview mit Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Wie steht die IG Metall zum Lindner-Vorschlag?

Urban: Bisher gab sich der FDP-Generalsekretär im Ton moderat. Nun stellt er sich aber in die Tradition von Westerwelle, der den Erwerbslosen „spätromische Dekadenz“ vorwarf. Wenn Lindner die längere Arbeitslosengeld I-Bezugsdauer als „Quasi-Frühverrentungsform“ tituliert, dann steckt darin die abschätzbare Annahme, die Älteren hätten keine Lust mehr zum Arbeiten und müssten durch Kürzungen angetrieben werden. Das ist absurd. Die Wahrheit ist doch, dass Ältere schlicht kaum Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt haben.

Wie sieht denn die Situation Älterer aus?

Urban: Viele Arbeitslose sind Ältere. Von den ca. 2,9 Mio Arbeitslosen sind knapp 900.000 über 50 Jahre alt. Über 60% von ihnen sind Langzeitarbeitslose. Sie haben so gut wie keine Chance, einen Job zu finden und sie haben über Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt. Sie müssen besser unterstützt werden. Und wenn wir in die Betriebe schauen, sind ältere Beschäftigte oft kaum zu finden. Die Quote sozialversicherungspflichtig Beschäftigter nimmt mit steigendem Lebensalter rapide ab. Liegt der Anteil bei den 60-Jährigen noch bei 30 Prozent, sinkt er bei den 64-Jährigen auf ungefähr 5 Prozent. Ursache sind häufig die schlechten Arbeitsbedingungen in den Betrieben. Sie sind für gesundheitliche Schäden und Beeinträchtigungen verantwortlich, die viele Beschäftigte zwingen, vorzeitig aus dem Beruf auszuscheiden.

Lindner behauptet aber, die Wirtschaft brauche Fachkräfte, die ihr durch die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes zugeführt werden.

Urban: Ich sehe im Vorstoß von Herrn Lindner in erste Linie einen neuen Angriff auf den Sozialstaat. Nach der Verschlechterung der Altersteilzeitregelung und der Einführung der Rente mit 67 wird nun die Fachkräftedebatte für weiteren Sozialabbau instrumentalisiert. Das ist durchsichtig. Wem es ernsthaft darum geht, Ältere länger im Betrieb zu halten, der muss bei den Arbeitsbedingungen ansetzen. Dringend notwendig sind Konzepte Guter Arbeit, um die Leistungsfähigkeit und Gesundheit nachhaltig zu sichern. So könnte über Jahre angehäuften Erfahrungswissen in den Betrieben gehalten werden.

Ist es nicht legitim, Vorschläge zu machen, wie der Staat sparen kann?

Urban: Hier soll auf Kosten derjenigen gespart werden, die lange Jahre Versicherungsbeiträge entrichtet haben und bei denen nun der Versicherungsfall eingetreten ist. Um es klar zu sagen: Es handelt sich beim Arbeitslosengeld nicht um ‚staatliche Almosen‘ sondern um erworbene Ansprüche. Herr Lindner plädiert somit für eine kalte Enteignung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist ungerecht und darüber hinaus ökonomisch kontraproduktiv, weil die Binnennachfrage weiter geschwächt wird.